

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Vorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinstenberg, Klinge, Köhne, Lindhardt, Pomßen, Stadnitz, Throna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Ersteinstellung wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 4.—, 1/2 Jährlich Mk. 12.—, ohne Auslagen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Korpuszeile 90 Pfg., auswärts 1.— Mk. Wöchentlich Teil Mk. 2.—, Reklamezeile Mk. 2.—, Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verz.: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Günz & Cule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 122

Freitag, den 14. Oktober 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Allgem. Ortskrankenkasse Grimma-Land.

Die Geschäftsstelle der Allgemeinen Ortskrankenkasse Grimma-Land in Grimma, Kreuzstr. 11, bleibt am **Montag, den 17. und Dienstag, den 18. Oktober d. J.** wegen Reinigung geschlossen.
Dringliche Angelegenheiten werden am 17. u. 18. Oktober 1921 in der Zeit von 11—12 Uhr vormittags erledigt.
Der Vorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Der Genfer Zeitungsplan sieht vor, daß außer den Kreisen Plesch und Rybnik die Bezirke Rattowitz und Königshütte Polen zugesprochen werden und daß während einer Übergangsperiode die wirtschaftliche Einheit des Landes aufrecht erhalten werden soll.
- Der deutsche Vorkämpfer in Paris hat ebenso wie der in London Vorkämpfer wegen der schlimmen Folgen einer Loslösung Oberschlesiens erhoben.
- Das Reichskabinett hielt mehrere Beratungen über die oberschlesische Frage ab. Die Gerüchte über Zwischigkeiten im Kabinett werden als falsch bezeichnet.
- Die Regierungsparteien sind der Ansicht, daß das Kabinett bei einem ungünstigen Bescheid über Oberschlesien voraussichtlich zurücktreten wird.
- König Alexander von Serbien beabsichtigt, auf den Thron zu verzichten.

Deutschland protestiert.

In Paris und in London hat der Reichskanzler Dr. Brüning seine dort beglaubigten diplomatischen Vertreter noch im letzten Augenblick gegen das neue Unheil, das für uns im Anzuge ist, feierlich Einspruch erhoben lassen. Herr Dr. Stamer sowohl wie Herr Dr. Mayer waren beauftragt, darauf hinzuweisen, daß nicht nur schwere wirtschaftliche Nachteile bei einer Zerstückung des oberschlesischen Industriegebietes, wie der Völkerbundsrat sie beabsichtigt, in Frage stehen, daß vielmehr unabsehbare innerpolitische Nachwirkungen die Folge sein müßten, daß das Kabinett Brüning sich kaum halten können und daß noch das Londoner Ultimatum noch das Wiesbadener Abkommen, vom deutschen Standpunkt aus gesehen, aufrecht zu erhalten seien, wenn Oberschlesien und in seinen besten Teilen verloren gehe. Die beiden deutschen Vorkämpfer wurden, wie man nach den Berichten aus London und Paris annehmen muß, von den Herren Curzon und Briand sehr kühl empfangen. Man hörte sie anstandslos halber an und ließ sie wohl ausreden, aber es wurde ihnen kurz und trocken bedeutet, daß die Entscheidung in Genf fallen werde, und daß man nicht in der Lage sei, auf sie noch irgend welchen Einfluß zu nehmen. Damit mußten die Vertreter des Deutschen Reiches sich begeben.

Es wird also auch in diesem Falle kommen, was kommen mußte. In der Sache wird der Völkerbundsrat mindestens ebenso ungerührt entscheiden, wie es vom Obersten Rat zu erwarten war. Die machtpolitischen Interessen im Orientlager sind in Genf nicht weniger wirksam zur Geltung gebracht worden als in Paris. Der Welt gegenüber aber kann man sich darauf berufen, daß ein sozusagen zur Unparteilichkeit verpflichteter Gerichtshof die schließliche Entscheidung gefällt habe, und daß man deswegen von Deutschland beanspruchen dürfe, daß es sich dieser endgültigen Lösung des oberschlesischen Problems nun auch widerpruchslos füge. Auf diesen Ton sind auch bereits die Blätter der Entente gestimmt, die französischen allerdings ungleich schärfer als die englischen, die den Übergang vom „fair play“ Lloyd Georges zur Gutheißung französisch-polnischer Machtgelenke nicht ohne innere Widerstände vollziehen können. Aber die französischen Brüder sind schon dabei, sie nach Kräften mit Haut und Haar zu sich herüberzuziehen. Welche Töne werden heute schon im französischen Blätterwalde Deutschland gegenüber angeschlagen! Da ist der deutsche Reichskanzler, dem Herr Briand gestern noch ausdrücklich sein Vertrauen ausgedrückt hatte, auf das Niveau eines politischen Taktikers von gewöhnlichem Schlage herabgesunken, der mit erpresserischen Mitteln darauf ausgehen wollte, widerrechtliche Vorteile für Deutschland zu ergattern, der nichts als Romdäbe Spiele mit seinen Rücktrittsdrohungen, und der im Grunde nur die neue Gelegenheit benutzen wollte, um sich und sein Land von den übernommenen Erfüllungsverpflichtungen zu befreien. Wenn er sich nicht halten könne, so möge er nur ruhig gehen, man werde ihm in Frankreich keine Träne nachweinen. Deutschland solle nur den Versuch machen, gegen die Entscheidung von Genf aufzumachen, man werde darauf einfach mit der völligen Besetzung des Ruhrgebietes antworten, und das weitere werde sich dann schon finden.

Man sieht also, im Grunde genommen, genau die gleiche Methode, mit der die Franzosen operierten, als die Herren Simons und Behrenbach sich dem Londoner Ultimatum widersetzen, und als vorher die Unterschrift unter das Abkommen von Spa und noch früher die Unterschrift unter den Friedensvertrag von Versailles vertögelt wurde. Der Kaiser der Erfüllungsaufgabe findet jetzt keine bessere

Behandlung, als seine Vorgänger erfuhren, und die Parteien, die glaubten, daß es Herrn Dr. Brüning gelingen werde, endgültig den Weg zur Verständigung mit Frankreich zu finden, werden heute zugeben müssen, daß sie damit grausam enttäuscht worden sind.

Nichts könnte in einem solchen Augenblick unsere Lage noch mehr verschlimmern, als wenn elender Parteistreit in diese deutsche Schicksalsfrage hineingetragen würde. Vor allem die Oberschlesier, ihre Parteien und Gewerkschaften würden es nicht begreifen und würden es niemals verzeihen, wenn nicht das ganze Reich wie ein Mann gegenüber dieser Gewalttat von Genf zusammenstehen und alles, was sonst Deutsche von Deutschen trennt, wenigstens für den Augenblick zurückstellen wollte. Dr. Brüning hat jetzt die Aufgabe, das ganze Volk für deutsches Recht, für deutsches Gut und Blut, für die deutsche Zukunft einzusetzen.

Der Teilungsplan.

Das Genfer Gutachten über Oberschlesien.

Wenn auch die endgültigen amtlichen Meldungen über die Beschlüsse des Völkerbundesrates noch nicht bei der deutschen Regierung eingegangen sind, so liegt doch eine Reihe von Mitteilungen aus Genf vor, aus denen man ein ziemlich deutliches Bild der bevorstehenden Entscheidung gewinnen kann, an dem sich leider kaum noch etwas Erhebliches ändern dürfte. Der Völkerbundsrat hat im wesentlichen die französisch-polnische These akzeptiert und empfohlen, Oberschlesien nach einer Grenzlinie auseinanderzureißen, die sich als eine Verschmelzung der ersten mit der zweiten Sforzalinie erweist.

Polen erhält die Bezirke Plesch und Rybnik, sowie weiter nördlich einige Streifen der Kreise und Königshütte mit Einschluß aller wichtigen Städte und endlich den Kreis Beuthen.

Deutschland verbleibt die Stadt Beuthen selbst, der andere Teil des Kreises Beuthen und die Kreise Gleiwitz und Hindenburg.

Herrn Sam man zur Annahme des Sachverständigen-vorschlages, das Industriegebiet als autonome Wirtschaftsprövinz zu konstituieren, unter polnischer Staatsoberrherrschaft auch dieses Gebiet.

Man hat erkannt, daß das deutsche Element nicht ausgegliedert werden kann, wenn anders eine wirtschaftliche Katastrophe vermieden werden soll. Darum soll Deutschland sich nun dazu hergeben, während eines Übergangsregimes, dessen Dauer man auf zehn Jahre zu bemessen gedenkt, den Erzieher Polens zu spielen.

Wirtschaftlich bleibt das Industriegebiet ungeteilt, politisch wird es Polen zugesprochen. Die Dreiteilung kommt einer glatten Spaltung des oberschlesischen Landes gleich.

Der Grundfehler des Beschlusses.

Die Eigentümlichkeit des für Deutschland unerträglichen Genfer Beschlusses liegt in der Trennung der politischen und der wirtschaftlichen Bestimmungen. Die politische und die wirtschaftliche Grenze fallen nicht zusammen. Hinzu kommt, daß für eine Übergangszeit eine Art selbstständiger Wirtsherrschaft geschaffen wird. Dieses Ergebnis erklärt sich aus der Methode, nach der es gefunden wurde. Der Völkerbundsrat ist nicht von vornherein bei der Aufstellung seiner oberschlesischen Pläne gleichzeitig von politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgegangen. Er hat vielmehr damit begonnen, unter rein politischen Gesichtspunkten eine Teilung des oberschlesischen Industriegebietes vorzunehmen. Dann erst ist das fertige politische Projekt an die beiden wirtschaftlichen Sachverständigen des Völkerbundesrates mit dem Auftrage übergeben worden, sich gutachtlich darüber zu äußern. Beide kamen nach kurzer Prüfung zu dem Ergebnis, daß diese politische Aufteilung wirtschaftlich eine Unmöglichkeit darstelle.

Es haben dann vorgeschlagen, ein besonderes Wirtschaftsgebiet Oberschlesien zu schaffen, das aus dem bisher zu Deutschland gehörigen oberschlesischen Industriegebiet und dem angrenzenden polnischen Kohlenbecken sich zusammensetzt. Dieses neue Gebilde soll die deutsche Währung behalten, seinen Anteil an der Reparation tragen und eine wirtschaftliche Generalverwaltung erhalten, die aus je einem Tschechoslowaken, Polen und Deutschen besteht.

Diese Grundlagen für die Entscheidung des Völkerbundesrates sehen also nicht einen Ausgleich der politischen Interessen gegenüber der wirtschaftlichen Notwendigkeit vor, sondern stellen ganz unvermittelt eine politische Teilung und eine wirtschaftliche Zusammenfassung nebeneinander.

Die Verdrängung.

Es ist wahrheitsgemäß, daß der Völkerbundsrat seine Entscheidung in der oberschlesischen Frage den alliierten Regierungen am Donnerstag mitteilen wird. Diese werden die Entscheidung noch einige Tage lang geheimhalten, um der Interalliierten Kommission zu ermöglichen, alle zweckdienlichen Maßnahmen vor der Bekanntmachung der Grenze zu ergreifen. Man glaubt nicht, daß vor Beginn der nächsten Woche die Hauptmächte, die im Obersten Rat vertreten sind, die Entscheidung Polen und Deutschland durch Briand bekanntgeben werden. Wie es heißt, ist der englische Delegierte, Lord Balfour, entschlossen, noch einmal zu den prinzipiellen Fragen der Entscheidung Stellung zu nehmen. Es kann also mit einer ernstlichen Verzögerung der letzten Beratungen gerechnet werden.

Regierungskrisis.

Die Folgen der Genfer Beschlüsse.
Obwohl naturgemäß vor dem Eintreffen fester und endgültiger amtlicher Nachrichten über die Völkerbundsbeschlüsse auch noch keine Beschlüsse der deutschen Regierung in bezug auf die Folgerungen gefaßt werden können, die aus einem eventuellen Verlust wichtiger Teile Oberschlesiens gezogen werden müßten, so befinden wir uns doch bereits mitten in dem Zustande, den man als Regierungskrisis zu bezeichnen pflegt. Das Reichskabinett hat mehrere Sitzungen hintereinander abgehalten, und es kann bereits jetzt als ziemlich sicher angesehen werden, daß bei einer ungünstigen Genfer Entscheidung das Kabinett zurücktritt, da es dann die Erfüllung des Wiegand-Ultimatums nicht übernehmen zu können glaubt. Der Reichskanzler hat bereits mit den sozialdemokratischen Parteiführern die Frage seiner Demission besprochen.

Für und gegen.

Blätterstimmen zur Regierungskrisis.
Die im Anschluß an die Genfer Beschlüsse sofort ausgetretenen Meldungen von den Rücktrittsabstimmungen der Regierung finden in der öffentlichen Meinung eine sehr geteilte Aufnahme.

Die parteilose Zentrums-Parlamentarierkorrespondenz schreibt: „Das Kabinett Brüning hat alles getan, um die deutsche Volkswirtschaft den Verpflichtungen zu erfüllen und damit in der Praxis den Willen zur Erfüllung zu beweisen. Die Begegnung Oberschlesiens in dem ganzen Umfange, der geplant scheint, erschüttert diese ganze Politik. Mit dem Sturz des Kabinetts Brüning wäre aber auch die Koalition selbst kaum noch aufrecht zu erhalten, wenigstens nicht mit einem Erfüllungsprogramm.“

Die Sozialistische Korrespondenz ist gleichfalls der Ansicht, daß bei einer Abtrennung Oberschlesiens von Deutschland das Ultimatum vom 10. Mai d. J. nicht mehr zu erfüllen sei.

In der den Demokraten nahestehenden Moskischen Zeitung wird darauf hingewiesen, daß für die Regierung jetzt ganz und gar kein Grund zum Rücktritt bestehe, daß sie im Gegenteil gerade jetzt am Ruder bleiben müsse. Es sei unter den gegebenen Umständen die politische Pflicht des Reichskanzlers, selbst im Falle einer ungünstigen Entscheidung des Völkerbundes auf keinen Fall seine Demission zu geben, ohne das Parlament befragt zu haben. Es komme dabei in Betracht, daß die Entscheidung des Völkerbundes, ja selbst die Entscheidung des Obersten Rates, keineswegs von Deutschland widerspruchslos hingenommen werden braucht, da sie nicht dem Friedensvertrag entsprechen würde.

Einen ähnlichen Standpunkt nimmt die unabhängige Freiheit ein. Diese sagt: „Wie glaubt man es denn überhaupt verantworten zu können, die Regierung in eine Krise zu stürzen, also handlungsunfähig zu machen in dem Moment, wo sie umgekehrt mit größtem Nachdruck handeln möchte? Es ist rein dekorative Politik, die da wieder einmal getrieben wird. Es ist zugleich auch unverantwortliche Politik.“

Der Widerhall von Genf.

Proteste und Parteimeinungen.

Im ganzen Reiche haben die Nachrichten von der Entscheidung über Oberschlesien tiefe Empörung hervorgerufen. Der Deutsche Ausschuss für Oberschlesien hat ein Telegramm an den Reichskanzler geschickt, in dem erklärt wird: Das Zentrum, die demokratische und die sozialdemokratische Partei Oberschlesiens haben von sich aus dem Reichskabinett ihren Standpunkt selbständig dargelegt, daß sie ein Verbleiben ihrer Parteimitglieder im Kabinett einer solchen Entscheidung gegenüber für undenkbar halten. So denkt aber auch der Deutsche Ausschuss in seiner Gesamtheit, in dem in völliger Einmütigkeit alle deutschen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen ständischen Körperschaften Oberschlesiens vertreten sind. Wir fordern unser Recht, wir fordern aber auch von dem Reich, daß es unser Recht verachte.

„Reichskanzler werde hart! Wir sind hart!“

Die in der sozialdemokratischen Partei Oberschlesiens organisierten Mitglieder stellen in einem besonderen Telegramm an den Vorstand das dringende Ersuchen, die sozialdemokratischen Mitglieder der deutschen Reichsregierung zu beauftragen, bei einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung in der oberschlesischen Frage ihre Ämter im Reichskabinett niederzulegen.

Auch aus anderen Parteilagern, so von den Deutschnationalen, dem Zentrum und den Demokraten sind kommende Protesttelegramme beim Reichskanzler eingegangen. Die Stadt Breslau ruft ihre gesamten Einwohner angesichts der großen Beunruhigung durch die Genfer Nachrichten für Freitag zu zwei großen Kundgebungen auf.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die Umsatsteuer im Reichswirtschaftsrat.
Bei der Beratung der neuen Umsatsteuer im Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates wurde eine völlige Umgestaltung der Zugsteuer gefordert. Der

... zu erreichen.
... gelung ihm
... zum Gatten
... Briefstube zu
... ist im Dunkel
... Nachen nicht
... uachschauft.
... haben ganz un-
... le Bedrückung
... nicht nur auf
... auf die wach-
... selbst lebend-
... en Geschäften
... der händlicher
... rt beladen wer-
... dliche Baute zu
... Erklärungen
... gemeldet.
... hier.
... der Getreide- und
... er Reichsregierung
... Getreideerzieh-
... bewacher im In-
... an dieser Stelle
... Ph. Steuer Sohn
... in Naunhof
... uk!
... 5.
... Naunhof
... abds. 8 Uhr
... im goldnen
... Stern.
... wahl.
... gefangenen
... Oktober
... tsteller.
... Hühner
... verkauft
... raße 17.
... unft!
... el, Leben, Cha-
... schäft und
... ndschaft, Feind-
... berechnen ich
... Bild. Geben
... stlog und Jahr.
... en was kommt
... Preis 8 Mark.
... k. 1.50 mehr.
... elben. Barkow
... üffel B. 1197.
... reifliche
... chafe
... u verkaufen
... raße 28.
... Lebens-
... Groß-
... chaffner
... orr
... h herz-
... .
... Knorr
... drigen.